

Die Rückkehr des Dinosauriers? Der Wahlerfolg der PRI vergrößert die Reformunfähigkeit Mexikos

Günther Maihold

Greift die Reformunfähigkeit Mexikos weiter um sich? Kann es gelingen, das Land aus seiner wirtschaftlichen Rezession und politischen Stagnation zu befreien? Dies sind zentrale Fragen, die sich aus den Ergebnissen der Zwischenwahlen zum Kongress in Mexiko vom 5. Juli 2009 ergeben.

Analyse:

Mexikos Rolle als Führungsmacht in Lateinamerika leidet unter der Reformunfähigkeit und dem Reformunwillen seiner politisch herrschenden Kräfte. Diese Situation wird auch durch die Zwischenwahlen nicht überwunden; vielmehr wird der Zwang der maßgeblichen politischen Kräfte zum Kompromiss erhöht, so dass die Gefahr eines Regierens „auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner“ wächst.

- Mit dem Wahlerfolg der Partido Revolucionario Institucional (PRI), die bis zum Jahr 2000 über 70 Jahre lang regiert hatte, kehrt eine politische Kraft an die parlamentarischen Schalthebel zurück, die sich bislang als wenig reformorientiert und in traditionellen Seilschaften befangen profilierte. Ihre zentrale Handlungsmaxime dürfte – nach ihrem ernüchternden Ergebnis bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2006, als ihr Kandidat deutlich abgeschlagen auf dem dritten Platz das Rennen beendete –, die neuerliche Übernahme des Präsidentenamtes im Jahr 2012 sein. Demzufolge ist die PRI offenbar wenig geneigt, politische Kosten von Reforminitiativen zu übernehmen.
- Präsident Felipe Calderón und seine Partei Partido Acción Nacional (PAN) werden durch das Wahlergebnis deutlich geschwächt. Die Chance auf eine Wende zugunsten einer klaren politischen Linie wurde damit verspielt, und die Regierung muss sich auf langwierige Verfahren der Konsensfindung im Parlament einstellen. Dies gilt insbesondere für die Wirtschaftspolitik.
- Die Linke verliert aufgrund von innerer Zersplitterung und Grabenkämpfen weiter an politischer Gestaltungskraft. Ihre Machtoptionen sind durch die massiven Verluste klar reduziert worden. Ihre Hochburg ist nach wie vor die Hauptstadt, in der sie trotz Verlusten relativ unangefochten ihre Mehrheit verteidigen konnte.
- Mexiko bleibt nach dem Wahlergebnis auch weiterhin in einer Reformblockade gefangen. Keine der maßgeblichen politischen Kräfte kann ein für die Bürger überzeugendes Reformprogramm aufstellen und durch die lediglich marginalen Verschiebungen der politischen Gewichte können keine neuen Dynamiken freigesetzt werden.

Schlagwörter: Mexiko, Wahlen, Parteien, politische Reformfähigkeit

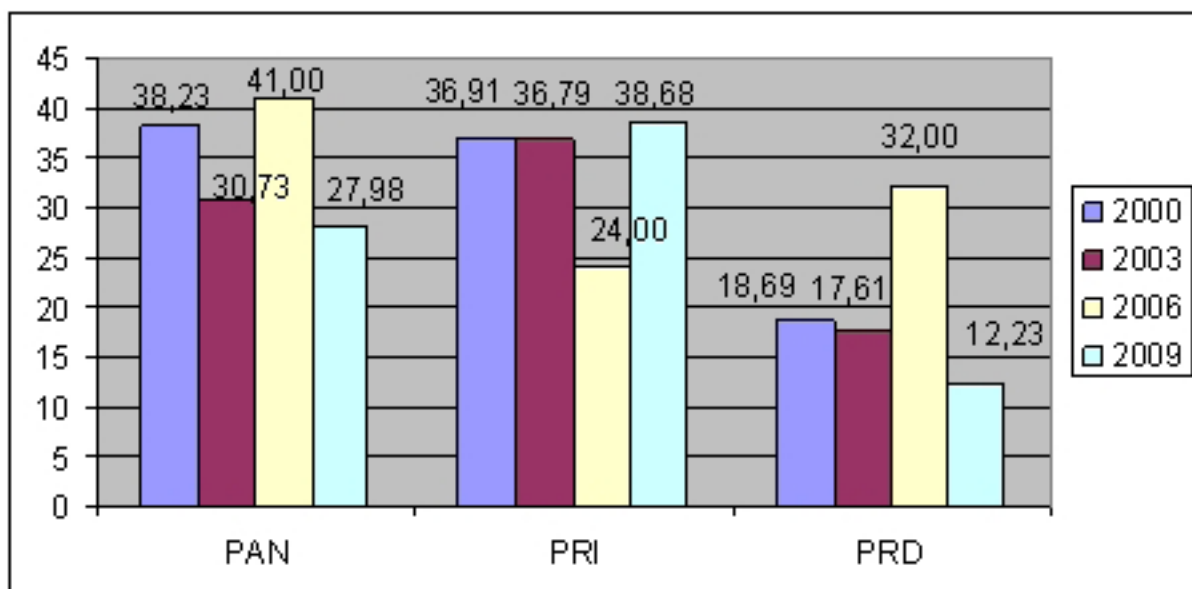
Einleitung

Die Rückkehr des Dinosauriers – eine Anspielung auf die Kontinuität überkommener Strukturen in der 70 Jahre lang regierenden Staatspartei PRI – ist mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2012 nach deren jüngstem klaren Wahlsieg nicht mehr ausgeschlossen. Für den mexikanischen Präsidenten Felipe Calderón markiert der 5. Juli 2009 einen entscheidenden Abschnitt seiner Regierungszeit: In der zweiten Hälfte seiner Amtsführung wird er einer absoluten Mehrheit der früheren Staatspartei im Kongress gegenüberstehen und demzufolge ohne Allianzen und massive Zugeständnisse seine Politik kaum umsetzen können. Seine eigene Partei PAN erlitt eine deutliche Niederlage nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch bei den Wahlen in sechs Bundesstaaten und bei der Besetzung der Bürgermeisterämter. Somit sorgten die mexikanischen Wähler weiterhin für eine Politik der „gespaltenen Regierung“, bei der der Präsident einer anderen Partei angehört als die Mehrheit im Parlament. Diese Präferenz hat bislang notwendige Reformen blockiert und das Land in seinen Entwicklungsmöglichkeiten gehemmt.

Zweiparteienherrschaft zu Dritt – die neue politische Konfiguration Mexikos

Obwohl das Wahlergebnis vielfach nur als Bestätigung traditioneller Tendenzen interpretiert wurde, bringt es einige Neuformationen in der politischen Landschaft des Landes zum Ausdruck: Mit PRI und PAN erhielten zwei Parteien zusammen 65 Prozent der Wählerstimmen; zugleich werden 26 der 32 Bundesstaaten von diesen beiden Parteien regiert, die auch noch 380 der 500 Abgeordneten und damit fast 75 Prozent der Parlamentssitze stellen. Im Bundesbezirk (*Distrito Federal*) dominiert die Partido de la Revolución Democrática (PRD) mit Vorsprung vor der PAN, in den restlichen Bundesstaaten die PRI vor der PRD. Die jeweils dritte Partei ist weit abgeschlagen und spielt entsprechend nur eine untergeordnete Rolle. Auf nationaler Ebene bedeutet dies, dass letztlich die strukturelle Komponente des Parteiensystems von PRI und PAN bestimmt wird, während die PRD als dritte Kraft eine eher marginale Rolle einnimmt. Dies gilt auch auf kommunaler Ebene, wo die PRI deutliche Zugewinne verzeichnete.

Ergebnisse der Wahlen zum Abgeordnetenhaus vom Juli 2000/Juli 2003/Juli 2006/Juli 2009 (in Prozent)



Quelle: IFE.

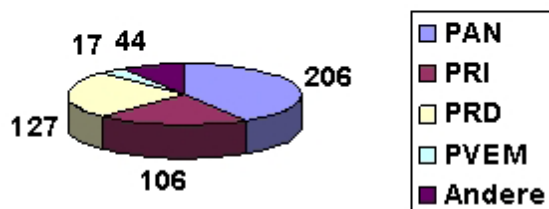
Bei der Wahl hielten sich die Konflikte um die Prüfung der Ergebnisse durch das Wahlinstitut Instituto Federal Electoral (IFE) in Grenzen. Dennoch bleibt die mit den neuen Wahlgesetzen anvisierte Kontrolle des massiven Einflusses der großen Fernsehsender Televisa und Televisión Azteca ein zentrales Problem für die Tätigkeit des IFE. Dem Institut gelang es erneut nicht, die korporativen Interessen der Medien einzuschränken. Über diese Sender wurde mit der Unterstützung der Kampagne für die Einführung der Todesstrafe, die der Grünen Partei (PVEM) ihr hohes Stimmergebnis in absoluten Zahlen sowie als Folge des Wahlbündnisses mit der PRI einbrachte, eine mediale Unterstützung inszeniert, die auf die Bedrohungsperzeptionen in der Bevölkerung abzielte. Erfreulicherweise blieb der Wahlgang selbst von gewalttätigen Vorkommnissen verschont. Befürchtungen, dass die Drogenmafia sich auf diese Weise in die Politik einmischen würde, erwiesen sich als gegenstandslos. Dennoch bleibt die auch öffentlich artikulierte Befürchtung bestehen, dass die Kartelle bestimmte Kandidaten bzw. Abgeordnete an sich gebunden haben, so dass entsprechende Verwerfungen und Verdächtigungen auch weiterhin das politische Leben Mexikos beherrschen dürften. Insoweit stellt die weiterhin kritisierte Regel eines Wiederwahlverbotes

für Abgeordnete ein wichtiges Hindernis für die Ausbreitung politischer Einflusszonen für die Kartelle im Parlament dar.

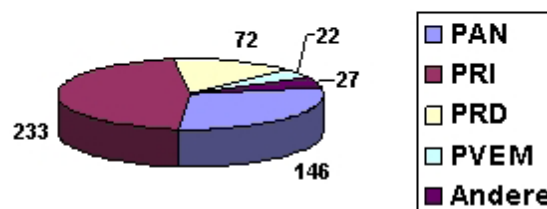
Die von einigen Beobachtern mit einem Potential von 10 Prozent hochgerechnete Bewegung für das *voto nulo*, d.h. das Ungültigmachen des Stimmzettels, konnte sich nicht wie erwartet positionieren. Es wurde auf nationaler Ebene nur ein Anteil von 5,4 Prozent erreicht. In der Hauptstadt konnte diese offensichtlich insbesondere für Wähler aus der Mittelschicht interessante Kampagne 10,8 Prozent erringen. Damit lag die Kampagne des *voto nulo* zwar deutlich vor den Kleinparteien, die nicht mehr als 2-3 Prozent erreichten. Als eine politische Option konnte sie sich jedoch nicht etablieren. Letztlich stützte sie den Wahlerfolg der PRI, die auf die hohe Mobilisierung ihrer Stammwählerschaft vertrauen konnte. Zumindest setzte dieses Wahlverhalten ein zusätzliches Ausrufungszeichen neben der geringen Wahlbeteiligung von nur 43 Prozent. Die von den Initiatoren beabsichtigte Botschaft gegen das etablierte Parteiensystem hatte jedoch nicht hinreichende Durchschlagskraft. Erneut erwies es sich als Falle, die Stimmungen in der Hauptstadt oder die Ergebnisse von Umfragen in Blogs im Internet als repräsentativ für das gesamte Land anzusehen.

Sitzungsverteilung im mexikanischen Kongress 2006/2009

Verteilung der Sitze im Abgeordnetenhaus 2006



Verteilung der Sitze im Abgeordnetenhaus 2009



Quelle: La Reforma.

Der Wahlerfolg der PRI: die Vergangenheit als Zukunft?

„Carro completo“ (Tabula rasa) war der Ausdruck, mit dem die PRI-Vorsitzende Beatriz Paredes am Wahlabend den Erfolg ihrer Partei beschrieb. Die PRI hatte so viele Mandate gewonnen, wie dies nur in den Jahren vor dem Verlust des Präsidentenamtes 2000 möglich gewesen war. Die PRI konnte ihr bestes Ergebnis seit 1994 erzielen. Sie wird über 235-240 Abgeordnete verfügen, was ihr zusammen mit den 22 Abgeordneten der Partei der Grünen (PVEM), mit der sie in Koalition antrat, eine absolute Mehrheit im mexikanischen Kongress verschafft. Aber nicht nur auf nationalem Niveau war die Partei erfolgreich: auch fünf der sechs zur Wahl stehenden Gouverneursposten konnte die PRI für sich gewinnen. Wichtig ist für die Partei zudem, dass sie wieder in urbanen Zentren zum Zuge kam. So gelang es ihr, die PAN aus den Bürgermeisterämtern in Cuernavaca, Naucalpan und Guadalajara zu verdrängen und zudem im Bundesstaat Mexiko – dem die Hauptstadt umgebenden Wahlbezirk mit der höchsten Bevölkerungsdichte – ihren Stimmenanteil auf das Doppelte des Wahlergebnisses der PAN auszuweiten. Mit insgesamt 12 Mio. Stimmen liegt die PRI damit deutlich vor der PAN mit 9 Mio. und der PRD mit 4 Mio. Stimmen.

Damit verfügt die PRI über eine exzellente Ausgangsbasis für die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2012, bei denen sie nach zwölf Jahren endlich wieder das höchste Amt des Staates für sich erobern möchte. Es ist offensichtlich, dass die Partei nach wie vor der zentrale Akteur des mexikanischen Parteiensystems bleibt. Dies bedeutet, dass eine Modernisierung der Parteien des Landes auch weiterhin von der (Nicht-)Dynamik der PRI bestimmt wird. Der Wahlslogan „El PRI de hoy. experiencia probada, nueva actitud“ („Die PRI von heute. Nachgewiesene Erfahrung, neue Haltung“) zeigt anschaulich, wie die Partei versucht, Anklänge an die lange Regierungszeit mit Hinweisen auf eine Erneuerung zu vereinbaren. Obwohl die PRI seit nunmehr neun Jahren in der Opposition agiert, hat sie es bislang nicht vermocht, ihre Strukturen und internen Prozesse zu erneuern und blockiert damit nicht nur das politische System, sondern lastet auch auf der Gesellschaft Mexikos. Dennoch veranschaulicht das Wahlergebnis, dass der

„Anti-PRIismus“ als gemeinsame Grundlage der Opposition im parlamentarischen und außerparlamentarischen Bereich gescheitert ist. Keine der politischen Alternativen hat sich bislang ohne Unterstützung aus der PRI in der Praxis des Regierungshandelns bewähren können. Für viele Wähler dürfte ausschlaggebend gewesen sein, dass das hohe Maß an Gewalt in der mexikanischen Gesellschaft (Drogenbekämpfung durch die Regierung, Alltagskriminalität etc.) besser in den Strukturen der PRI bewältigt werden kann als mit der dauerhaften Präsenz des Militärs in den Straßen der großen Städte.

Diese Erwartungen könnten sich als trügerisch erweisen: Die PRI von heute weist nicht mehr dieselben Strukturen auf wie die, welche im Jahr 2000 aus dem Präsidentenamt gewählt worden war. Der Verlust der Artikulationsrolle für Partei, Staat und Gesellschaft aus dem Präsidentenpalast heraus hat den Parteiapparat nachhaltig verändert. Die von der PRI gestellten Gouverneure sind zu zentralen Akteuren für das Parteileben und die Gestaltung der Klientelbeziehungen geworden. Die nationale Struktur der Partei (einschließlich der Parteivorsitzenden Beatriz Paredes) besitzt kaum Einfluss auf das Machtgefüge. Ihr kommt bestenfalls eine Moderationsrolle zwischen den verschiedenen Gruppen zu. Es steht außer Frage, dass es der gegenwärtigen Parteivorsitzenden viel besser als ihren Vorgängern gelungen ist, die verschiedenen Flügel und Machtkartelle zusammen zu halten. Daraus eine entscheidende Rolle von Beatriz Paredes für den Präsidentschaftswahlkampf 2012 abzuleiten, dürfte jedoch ein Fehlschluss sein. Vielmehr deutet einiges darauf hin, dass sich der junge und alerte Gouverneur des Bundesstaates Mexiko, Enrique Peña Nieto, mit den Wahlen 2009 und vor allem dem herausragenden Wahlergebnis in seinem Bundesstaat die beste Ausgangsposition als Präsidentschaftskandidat seiner Partei geschaffen haben dürfte. Offensichtlich vermittelt er am besten das Image des dynamischen und gegenwartsoffenen Kandidaten, obwohl er intern auf dieselben traditionellen Methoden der Kooptation, des Klientelismus und des Kaufs von Loyalitäten zum Zweck der Machterhaltung und der Gewinnung von Anhängerschaft zurückgreift. Da er über die Kontrolle eines ressourcenstarken Bundesstaates verfügt, sollte es ihm am ehesten gelingen, Allianzen mit an-

deren Gouverneuren seiner Partei herzustellen und sich der Mobilisierungsinstanzen des Parteiapparates bedienen zu können. Sollte Peña Nieto die kommenden drei Jahre ohne politischen Schaden überstehen, könnte er zum Hoffnungsträger der Partei werden, um der PRI die Rückkehr in das Präsidentenamt zu bahnen. Die Gefahren auf dem Weg dahin werden in seinem Umkreis offensichtlich erkannt, warnten doch gerade seine Mitarbeiter die Partei nach ihrem Wahlsieg davor, jetzt nicht in Arroganz zu verfallen und über die Stränge zu schlagen. Offensichtlich fürchtet man innerhalb der PRI nicht zu Unrecht, dass sich in der Öffentlichkeit schnell wieder ein Bild von der Partei verfestigen könnte, wonach diese das Wahlergebnis als Eintrittskarte für eine umfassende Kontrolle von Politik und Gesellschaft betrachte, was vermutlich die Anhänger der Anti-PRI-Koalition schneller als gewünscht wieder auf den Plan rufen könnte.

Die Wahlniederlage der PAN – Dilemmata einer Regierungspartei

Die Partei des Präsidenten, die PAN, verlor insgesamt 60 Abgeordnete (von 206 auf 146). Obwohl dies zunächst nur einen für Zwischenwahlen durchaus typischen Stimmenverlust einer Regierungspartei darstellte, war das Abschneiden bei den Gouverneurs- und Kommunalwahlen umso schmerzlicher. Mit den Staaten Queretaro und San Luis Potosí verzeichnete die PAN den Verlust von zwei traditionellen Hochburgen. Auch im Bundesstaat México büßte sie wichtige Bürgermeisterämter ein. Dies bedeutete nicht nur erhebliche Mindereinnahmen für die Wahlkampffinanzierung, sondern auch wesentlich geringere Möglichkeiten der Ausstrahlung auf lokaler Ebene. Einen kleinen Lichtblick stellte das Wahlergebnis in der Hauptstadt dar, in der die PAN sich evident gegenüber der PRI als zweite politische Kraft absetzen konnte und damit weiterhin als zentraler Gegner für die dort dominierende linke Oppositionspartei PRD gilt. Hier konnte sie mit insgesamt 600.000 Stimmen sichtbar zur PRD mit 740.000 Stimmen aufschließen. Präsident Calderón, der in den nationalen

Umfragen auf hohe Zustimmungswerte vertrauen kann, ist es jedoch nicht gelungen, diese auch in Unterstützung für seine Partei zu verwandeln. War bereits der Beginn seiner Amtszeit von heftigen Auseinandersetzungen über das Wahlergebnis geprägt, so dürfte sein Image als „schwacher Präsident“ durch das Abschneiden seiner Partei bei den Zwischenwahlen noch weiter verstärkt worden sein.

Der Rücktritt des Parteivorsitzenden der PAN, Germán Martínez, war die logische Folge einer andauernden innerparteilichen Kontroverse um die Frage, wie sich die Partei zum eigenen Präsidenten stellen soll. Während sein Vorgänger Manuel Espino hier für große Distanz stand und damit in Konflikt mit Präsident Calderón getreten war, hatte sich Martínez als Vertrauter des Präsidenten voll in dessen Dienst gestellt und damit ein negatives Ergebnis für die Partei eingefahren. Somit setzt sich die spezifische Krise der PAN fort, die darin besteht, dass die Partei gegenüber der Regierung autonom bleiben möchte, ohne es zu können – ein Konflikt, der vermutlich auch die Chancen eines zukünftigen Präsidentschaftskandidaten beeinträchtigen dürfte. Letztlich wird dabei die Substanz der Partei nachhaltig geschädigt, die sich immer stärker in den Sog des Präsidentenamtes begibt und gleichzeitig von eigener programmatischer Arbeit entfernt. Eine Symbiose zwischen Regierungsprojekt und Parteiarbeit scheint sich in der PAN als besonders schwierig zu gestalten. Das Motto des Präsidenten als Kandidat, wonach es gelingen müsse, „die Regierung zu gewinnen, ohne die Partei zu verlieren“, wird immer mehr zur Quadratur des Kreises. Die Neigung zur Steuerung der Partei aus dem Präsidentenamt ist angesichts des Wahldebakels jedoch ungebrochen. Zudem ist nicht zu erkennen, dass sich die verschiedenen Strömungen innerhalb der Partei zu dem Kraftakt zusammenschließen könnten, ein übergreifendes Profil zu erarbeiten. Viel zu sehr haben sich konfrontative Debatten bereits schädigend auf die innerparteilichen Strukturen und die Gesamtpartei ausgewirkt. Gegenwärtig scheint die PAN zu einem Aufbruch aus eigener Kraft nicht mehr in der Lage.

Nach der Selbstzerfleischung der Linken – die PRD am Abgrund?

Für die linke Oppositionspartei PRD nahm das Wahlergebnis die Züge einer Katastrophe an – sie erreichte nur 12 Prozent der Stimmen. Die von ihrem letzten Präsidentschaftskandidaten Manuel López Obrador unterstützten Parteien Convergencia und Partido del Trabajo kamen zusammen auf 6 Prozent des Wählerstimmens. Insgesamt bedeutet dies 6 Mio. Stimmen im Vergleich zu 15 Mio. beim Wahlgang vor drei Jahren. Damit verliert die Linke ihre Position als ernst zu nehmender Machtaspirant und sieht sich auf die Rolle eines Außenseiters im Parlament beschränkt. Besser steht nur der Bürgermeister der Hauptstadt, Marcelo Ebrard, da, wo die PRD seit 1997 regiert und wo trotz massiver Einbußen weiterhin die Dominanz in den verschiedenen Bezirksbürgermeisterämtern bewahrt werden konnte. Gleichwohl werden seine Ambitionen, Präsidentschaftskandidat zu werden, durch das destruktive Verhalten von López Obrador beeinträchtigt, der sich weiterhin als „legitimer Präsident“ im Land bewegt und den Strukturen einer ohnehin zerfaserten Partei weiteren Schaden zufügt. Eine reale Machtoption besitzt die PRD für die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2010 offenbar nicht mehr. Ob sie überhaupt noch als gemeinsame Basis der Linken wird agieren können, ist eher unwahrscheinlich. Ein Beispiel dafür bildet der Hauptstadtbezirk Iztapalapa, wo mit Rafael Acosta ein völlig unbekannter Kandidat als Marionette unter dem Namen „Juanito“ auf dem Ticket der Partido del Trabajo die Wahl zum Bezirksbürgermeister gewann, weil er von López Obrador persönlich massiv unterstützt wurde.

Die Auflösungserscheinungen in der Partei durch die Konflikte der vergangenen Monate, die nur durch das Oberste Wahlgericht entschieden werden konnten, sind inzwischen so massiv, dass an eine Zusammenführung der verschiedenen Strömungen nicht mehr zu denken ist. Die gegenseitigen Verdächtigungen des Betrugs bei den parteiinternen Wahlen haben die PRD in den Augen der Wähler gerade in der Frage unglaubwürdig gemacht, mit der sie beim Wahlausgang 2006 gegenüber Präsident Calderón am deutlichsten punkten konnte. Nun wird immer klarer erkennbar, dass die Partei nicht von einem gemeinsamen, positiv zu be-

stimmenden politischen Projekt getragen ist, sondern vielmehr von persönlichen politischen Interessen zerrissen wird. Das so lange gehegte Ziel einer Übernahme der Macht ist damit in weite Ferne gerückt. Mit der Wahl 2009 hat die PRD so viel an politischer Basis verloren, dass eine Neugründung als die einzige Option für die zunehmend verstreuten Kräfte der Linken erscheinen muss. Ob sich dafür aber jenseits der polarisierten Persönlichkeiten der Partei eine kritische Masse finden wird, ist gegenwärtig noch nicht absehbar.

„Die Stunde der Kompromisse“ – Perspektiven für die kommenden Jahre

Präsident Felipe Calderón hat nicht lange gebraucht, um aus dem Wahlergebnis unmittelbar Folgerungen für die Regierung zu ziehen. Er forderte die Parteien auf, den Wahlkampf hinter sich zu lassen und sich der Bewältigung der Wirtschaftskrise zuzuwenden, insbesondere dem Wirtschaftspaket für 2010, das auch den Haushalt einschließt. Diese Einsicht in die neuen Realitäten war für den Präsidenten dringend geboten, da sein Kabinett Gefahr läuft, die Agenda der Gesetzgebung nicht mehr unmittelbar beeinflussen zu können, wenn sie nicht von vorne herein ein Übereinkommen mit den Fraktionen im Parlament sucht.

Dabei steht das Land vor massiven inneren Verwerfungen:

- Der Blutzoll des Kampfes gegen die Drogenkartelle steuert entgegen der Ankündigung des Präsidenten auch im Jahr 2009 auf eine Zahl von über 6.000 Toten zu. Bislang hat die Regierung nicht durchblicken lassen, durch welche polizeilichen Kräfte sie das Militär in den Konfliktregionen ersetzen möchte und wie der ansteigenden Zahl von Menschenrechtsverletzungen begegnet werden soll.
- Die Unterwanderung der politischen Parteien und des Regierungs- bzw. Sicherheitsapparates auf seinen verschiedenen Ebenen durch Drogengelder und entsprechende Seilschaften wird das Land auch weiterhin in Atem halten und viele innere Konflikte weiter nähren.
- Mit einer Rezession im Umfang von 6,5-7 Prozent nimmt Mexiko bezüglich der Folgen

der Finanzkrise einen weltweiten Spitzenplatz ein. Aus eigener Kraft scheint das Land nicht in der Lage, aus dem Konjunkturtal herauszukommen. Die sozialen Folgen dieser Krise sind gegenwärtig noch nicht absehbar (erwartet wird ein Verlust von ca. 1 Mio. Arbeitsplätze), allerdings warnen Beobachter vor einem weiteren Informalisierungsschub in der Wirtschaft, der irreversible Folgen für die soziale Kohäsion im Lande hervorbringen könnte.

- Die fiskalischen Ressourcen des Landes werden knapp: Die Rücküberweisungen von Landsleuten aus den USA an Familienangehörige in Mexiko sind stark rückläufig, internationale Investitionen sind ausgeblieben, die Lohnveredelungsindustrie (*Maquila*) durchläuft erneut einen massiven Schrumpfungsprozess und auch der Tourismus ist als Folge der Schweinegrippe stark zurück gegangen. Damit sind alle zentralen Einkommensquellen des Landes betroffen, zumal auch die Einnahmen aus dem Erdölgeschäft durch sinkende Fördervolumina und relativ niedrige Preise keine Entlastung für die öffentlichen Haushalte schaffen können.

Die PRI hat Steuererhöhungen bereits ausgeschlossen und verlangt die Verabschiedung eines Gesetzes zum ökonomischen Notstand, das die Folgen der Krise und der Arbeitslosigkeit abfedern soll. Ob der Präsident gerade im Bereich der Wirtschaftspolitik zur Geisel der PRI wird, darf aber angesichts der Machtfülle des Präsidentenamtes und seiner Verführungen in einem politischen System, das zentral auf Kooptation setzt, bezweifelt werden. Seine Machtgrundlagen sind zwar erheblich schwächer geworden, aber nicht in dem Maße „verdampft“, dass nicht auch weiterhin hinreichend Möglichkeiten zur Einflussnahme auf das politische Leben des Landes bestünden. So könnte Präsident Calderón dem Aufruf folgen, mit einer Kabinettsumbildung auch Ministern aus den Reihen der Opposition einen Platz einzuräumen, wie dies sein Vorgänger Vicente Fox praktizierte. Damit würde er die Opposition stärker in die Verantwortung nehmen und jene Positionen innerhalb der PRI schwächen, die mit einer stark konfrontativen Linie den Handlungsspielraum der Regierung im Parlament einschränken möchten.

Viel Zeit wird dem mexikanischen Präsidenten nicht bleiben, um wichtige Projekte anzupacken: Der Wahlkampf für die Bestimmung seines Nachfolgers beginnt bereits im Jahr 2011. Damit sortieren sich die politischen Präferenzen in Politik und Verwaltung neu. Mit der Perspektive eines erneut sehr schwierigen Wahljahres 2012 sind die Chancen für eine Befreiung des Landes aus der Reformblockade eher als gering zu veranschlagen. Das bestimmende Szenario dürfte daher vielmehr eine Politik des „kleinsten gemeinsamen Nenners“ zwischen PAN-Präsident und PRI-Parlamentsmehrheit sein, der sich maßgeblich daran orientieren wird, dem jeweiligen politischen Gegner keine Startvorteile im Rennen um die Präsidentschaft einzuräumen. Reformdurchbrüche sind in dieser Logik nicht zu erreichen, zumal sich alle politischen Parteien zunächst intern neu aufstellen oder sogar neu definieren müssen. Erst ein solcher Prozess, der sich jenseits traditioneller Personalismen vollzieht, wäre dazu angetan, die Grundlage für die reformorientierte Öffnung des Landes zu legen.

■ Der Autor:

Günther Maihold, Dr. phil. ist stellvertretender Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik und Honorarprofessor für Politikwissenschaft an der FU Berlin. Gegenwärtig befasst er sich neben Themen der Außen- und internationalen Politik mit Fragen der transnationalen Politik in Lateinamerika bezogen auf Migration, organisierte Kriminalität und wirtschaftlichen Austausch.

E-Mail: <guenther.maihold@swp-berlin.org>

■ GIGA-Forschung zu Mexiko

Im Rahmen des Forschungsprojekts „Regionale Machthierarchien in Lateinamerika“ gehen Detlef Nolte und Daniel Flesmes der Frage nach, welche regionalen Machtverschiebungen aus den (sub)regionalen Führungsansprüchen von Brasilien, Mexiko und Venezuela resultieren. Das Projekt knüpft an die Diskussion über die Rolle von Regionen und regionalen Führungsmächten in der internationalen Politik und Untersuchungen über die Voraussetzungen regionaler Hegemonie an.

■ GIGA-Publikationen zu Mexiko

Bailey, John und Matthew M. Taylor (2009), *Evade, Corrupt, or Confront? Organized Crime and the State in Brazil and Mexico*, in: *Journal of Politics in Latin America*, 1, 2, 3-29, online: <www.jppla.org>.

Heigl, Miriam (2007), Facetten des mexikanischen Privatisierungsprozesses, in: *Lateinamerika Analysen*, 16, 69-92.

Hoffmann, Karl-Dieter (2008), *Mexikos „War on Drugs“ und die Mérida Initiative*, GIGA Focus Lateinamerika, 4, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus>.

Maihold, Günther (2006), *Regieren nach dem Foto-Finish: Mexiko und die Wahlen vom 2. Juli 2006*, GIGA Focus Lateinamerika, 7, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus>.

Maihold, Günther (2006), Elitenwandel und technokratische Politik in Lateinamerika: Das Beispiel Mexiko, in: *Lateinamerika Analysen*, 13, 7-34.

Schulz, Christiane (2007), *Oaxaca – hat Mexikos Rechtsstaat eine Zukunft?*, GIGA Focus Lateinamerika, 2, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus>.



Der GIGA Focus ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA Focus, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA Focus Lateinamerika wird vom GIGA Institut für Lateinamerika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Wurde in den Texten für Personen und Funktionen die männliche Form gewählt, ist die weibliche Form stets mitgedacht.

Redaktion: Sebastian Huhn; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler; Lektorat: Silvia Bücke
Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

